

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit verstärken**

Bremen und Bremerhaven brauchen eine Ausbildungsplatzoffensive, die neue Ausbildungsverbünde schafft, die öffentliche Ausbildungsplatzförderung betriebsnäher gestaltet und Bausteinqualifizierungen zur Berufsvorbereitung als wirksames Instrument verankert. Die derzeitige Situation am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt macht es zwingend erforderlich, für benachteiligte junge Menschen, die nicht in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis zu vermitteln sind, neue Möglichkeiten der Qualifizierung zuzulassen und einzurichten. Gerade sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Jugendliche benötigen speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Maßnahmen wie Berufsvorbereitung, Ausbildungsbegleitung, aber auch überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen, um überhaupt eine reelle Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekommen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass durch das erfolgreiche Bundes-Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit „JUMP“ (JUgend Mit Perspektiven) viele Jugendliche in Bremen und Bremerhaven angesprochen, beraten und in Berufsvorbereitungs- und Trainingsmaßnahmen sowie überbetriebliche Ausbildung vermittelt werden konnten.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zur Förderung Jugendlicher im Übergang Schule und Beruf vorzulegen, welches zum Ziel hat, jedem/jeder Jugendlichen einen geeigneten Ausbildungsplatz anzubieten.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsverbünde im dualen System zu verstärken.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Deputation für Arbeit und Gesundheit ein Konzept vorzulegen, mit dem bereits existierende Ansätze von zertifizierter Bausteinqualifizierung zur Berufsvorbereitung in Bremen erheblich verstärkt und auf weitere Berufsfelder ausgeweitet werden.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bestehende Maßnahmen zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen besonders in Betrieben ausländischer Herkunft fortzusetzen und zu verstärken.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Land Bremen Existenzgründungen durch Gesellenbetriebe nicht zu erschweren und die Potenziale zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen und deshalb eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Meisterzwangs zu starten.

Anja Stahmann,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen